



Elternkammer Hamburg

- Der Vorstand -

Geschäftsstelle p.a. BSJB

Hamburger Str.31

22083 Hamburg

☎ 4 28 63-35 27

FAX 4 28 63-47 06

Kurzinformation

9 - 2000

e-mail: info@elternkammer-hamburg.de

<http://www.elternkammer-hamburg.de>

Bitte je 1 Exemplar an
Vorsitzende(n) Elternrat
Vertreter(in) im KER
Schulleitung

Aus der Kammerarbeit und den Plenums-Sitzungen vom 6.11.2000 und dem 27.11.2000

Schulabsentismus

Richtlinie „Kompetenz Plus“

Beschlüsse der Elternkammer

Abschlussbericht der Hamburger Kommission Lehrerbildung

Aus den Ausschüssen

Die Tipps des Monats

Kurz gemeldet

Schulabsentismus

Am 6.11.00 stellte der Leiter der Rechtsabteilung der BSJB Herr Gleim die Behördenvorlage zum Thema „Schulabsentismus“ vor.

Durch die Einführung von REBUS und die damit verbundene Auflösung der Dienststelle Schülerhilfe ist eine Neuregelung notwendig geworden.

Zentrale Aussage der Richtlinie sind folgende Punkte:

- Die Richtlinie schildert den äußeren Ablauf (wer, wann, wie) und das Handeln (was)
- Schulen müssen jedem einzelnen Fall nachgehen (Anwesenheit kontrollieren, Eltern informieren)
- Schulen handeln zunächst selber (z.B. obligatorische Hausbesuche)
- von REBUS wird ein regelhafter Bericht über die Konsequenzen erwartet.

Eine Vorführung von Schulschwänzern durch die Polizei (wie z.B. in Bayern) ist nicht vorgesehen. Es gibt aber das Mittel des Bußgeldbescheides durch die Schulbehörde.

Die Elternkammer hat auf ihrer Sitzung am 27.11.00 beschlossen, die Richtlinie zur Kenntnis zu nehmen.

Richtlinie „Kompetenz Plus“

Am 27.11.00 erläuterte Herr Roosenboom die geplante Richtlinie „Kompetenz Plus“

1. Bei der neuen Richtlinie handelt es sich um eine Fortführung der Richtlinie „Geld statt Stellen“ und der „Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur Organisation von Vertretungsunterricht“
2. Die Ergänzung durch „Kompetenz Plus“ soll Schulleitungen helfen, externen Sachverstand in die Schulen zu holen, Unterricht so zu ergänzen oder zu ersetzen und dieses dann materiell vergüten zu können.
3. Die Schülergrundstunden sind von möglicher Umwandlung ausgenommen. Lediglich 20 Prozent der Teilungs- und Förderstunden können gesperrt werden.
4. Nach 3 Jahren soll evaluiert werden.
5. Schulleitungen sind auskunftspflichtig, Grundsätze müssen mit der Lehrerkonferenz und mit der Schulkonferenz abgestimmt werden.
6. Im Anhang der Richtlinie werden 4 Beispiele zur Umsetzung genannt.
7. Den Schulen wird mit der Richtlinie ein Instrumentarium vorgelegt, niemand wird gezwungen, es anzuwenden.

Beschlüsse der Elternkammer

Die Elternkammer lehnt die Richtlinie „Kompetenz Plus“ auf Grund der unzureichenden Ausstattung der Schulen mit Lehrerstunden ab.

Die Elternkammer begrüßt grundsätzlich, dass diese Möglichkeiten durch die Richtlinie geschaffen werden, sie spricht sich aber dagegen aus, dass die Mittel dafür aus dem Bereich der Förder- und Teilungsstunden rekrutiert werden.

Es ist erforderlich für die Leistungen, die hier erbracht werden, zusätzliche Mittel bereit zu stellen.

Nach der Kürzung im Lehrerstellenplan haben die Schulen nicht mehr die Ressourcen, aus eigenen Mitteln zusätzliche Leistungen zu erbringen.

Über die bereits im Oktober und Anfang November diskutierten Entwürfen zu den Bildungsplänen fasst die Elternkammer am 27.11.2000 folgende Beschlüsse :

Stellungnahme zu den Entwürfen der Bildungspläne für die Sekundarstufe I

Erstens :

Die Elternkammer begrüßt:

- die Zielvorgaben der Bildungspläne (u.a. Bildungsbegriff, Sicht der Schüler/innen als Lernende, Bedeutung der Lehrkraft und ihrer Methoden),
- dass für alle Schulformen der Sek. I die Überschneidungen und gleichzeitig die unterschiedlichen Ansprüche herausgearbeitet wurden,
- den Zeitplan und den Demokratieanspruch für die Diskussionsphase und
- die folgende dreijährige Erprobungsphase.

Die Elternkammer vermisst im Zusammenhang mit den Vorlagen zu den Bildungsplänen für die Sek. I die folgenden Punkte und fordern die BSJB auf, deren Beseitigung bzw. Veränderung zu veranlassen:

- Damit die Umsetzung in der gewünschten Form erfolgen kann, müssen genügend **Mittel für Fortbildungen** und zwar **für Eltern, Schüler und Lehrer** zur Verfügung gestellt werden.
- Die Elternkammer fordert die Behörde auf, einen **Erlass an die Schulleitungen** zu richten, welcher die Schulen auffordert, die Eltern schon jetzt intensiv in den Diskussionsprozess für die Bildungspläne mit einzubinden, damit für deren Umsetzung ab August 2002 ein fundierter Entwurf der Bildungspläne vorliegt. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Schulkonferenzen aller Schulen als wichtigste schulische Instanz eine abschließende Beurteilung über die Bildungspläne abgeben.
- Mit ein Hauptanliegen der Bildungspläne muss die **Verständlichkeit für Eltern** und Schüler/innen sein. Dies ist zum Teil gelungen, muss aber noch deutlich verbessert werden.
- Es fehlt bisher die **Sicherstellung konkreter Lernziele für die einzelnen Jahrgangsstufen**. Die bisherige Unterteilung erfasst die Beobachtungsstufe und das Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10. Dies gibt der einzelnen Klasse einen größeren Gestaltungsraum, sie erschwert aber die Übersicht darüber, welche

Bereiche noch nicht bzw. nicht ausreichend behandelt wurden.

- Dem Thema **Persönlichkeitsbildung** muss, wie im Bildungsplan H/R, in allen Schulformen Rechnung getragen werden.
- Die Selbstüberprüfung der einzelnen Lehrkraft bzw. die gemeinsame **Evaluation dessen was erreicht wird**, findet zu wenig Beachtung. Hierfür fanden wir Hinweise im Kapitel 1.4 „Schulinterne Abstimmung des Unterrichtsangebots“ und im Kapitel 3.2 „Gestaltung der Lernprozesse“, dies reicht für eine gute Umsetzung des Bildungsplans in den einzelnen Klassen nicht aus. Für die **Qualitätssicherung des Unterrichts** müssen Bildungsziele auch in Form messbarer Leistungsvorgaben, z.B. in Form von Sollwerten (wie Fehlerquotienten bei Standardaufgaben), definiert werden. Ein Vergleich zwischen dem Soll- und Ist-Zustand sollte als Grundlage zur kontinuierlichen **Qualitätsverbesserung des Unterrichts** im Bildungsplan aufgenommen werden.
- Bei der **Gestaltung des Schullebens** muss deutlich hervorgehoben werden, dass die Lehrkräfte Schüler/innen fördern und motivieren sollen, an Wettbewerben teil zu nehmen. Bei den außerschulischen Aktivitäten muss der Bereich „Schüler experimentieren“ und „Jugend forscht“ mit aufgenommen werden.
- Bei der Bedeutung der **Berufsorientierung** vermissen wir das verpflichtende Praktikum für die Haupt- und Realschulen, so wie es im Bildungsplan für die Gymnasien und Gesamtschulen aufgeführt ist.
- Es muss ein **Anhang für Fachbegriffe** und nicht allgemein verständliche **Fremdwörter** aufgenommen werden.

Wir danken der Bildungsplankommission für ihren Einsatz. Außerdem hoffen wir, dass wie von der Kommission beabsichtigt, jetzt eine breite Diskussion in den Schulen (Lehrer, Eltern, Schüler) und der Öffentlichkeit entsteht, deren Ergebnisse die Kommission dann in die Bildungspläne mit einarbeiten wird.

Zweitens :

Die Elternkammer fordert die BSJB auf, eine Handreichung für die Grundschulen zu erstellen, die auf Basis der Bildungspläne verdeutlicht, welche Anforderungen die weiterführenden Schulen an ihre zukünftige Schülerschaft stellen. Diese Handreichung sollte zur Orientierung für Eltern mit nicht deutscher Herkunftssprache in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Die Elternkammer ist der Auffassung, dass nur so eine fundierte Schullaufbahneempfehlung abgegeben werden kann, auf die sich die Eltern und auch die aufnehmenden Schulen verlassen können.

Drittens :

Die Elternkammer fordert die BSJB auf, eine Orientierungshilfe für Eltern von Grundschulern zu erstellen, in der modellhaft aufgeführt wird, welche Weiterbildungsmöglichkeiten ihren Kindern an den weiterführenden Schulen nach der Sek I offen stehen. Diese Orientierungshilfe sollte für Eltern mit nicht deutscher Herkunftssprache in verschiedene Sprachen übersetzt werden. Wir sind der Meinung, dass gut informierte und beratene Eltern ihre Kinder nicht durch übertriebenen Ehrgeiz für die falsche Schulform anmelden und sie dadurch über- oder unterfordern.

Abschlussbericht der Hamburger Kommission Lehrerbildung

Herr Dr. Keuffer (BSJB) hat der Elternkammer am 6.11.00 den Abschlussbericht der „Hamburger Kommission Lehrerbildung“ vorgestellt. Mit diesem Bericht wird eine Empfehlung vorgelegt, wie die Lehrerbildung in Hamburg reformiert werden könnte.

Die Kommission empfiehlt grundlegende Reformmaßnahmen im Bereich der Organisation von Lehrerbildung.

Die Kommission spricht sich für Kerncurricula aus.

Die Kommission setzt prioritäre Themen für die Lehrerausbildung.

Die Kommission macht Aussagen zur Personalentwicklung

Die Kommission gibt Empfehlungen zum Prüfungswesen

Die Kommission verlangt eine grundlegende Neuorganisation der Lehrerbildung.

Die Umsetzung der Empfehlungen wird geraume Zeit in Anspruch nehmen, nur wenige Punkte werden relativ schnell umsetzbar sein.

Wir Eltern sollten uns für eine rasche Verwirklichung einsetzen, da wir in wenigen Jahren eine große Anzahl junger, gut ausgebildeter Lehrer an unseren Schulen brauchen werden.

Eine Kurzfassung des Kommissionsberichtes bekommen Sie in der Pressestelle der BSJB unter der Telefonnummer 428 63 2003.

Präsentation der Elternkammer

Am 21.11.00 hat sich die Elternkammer einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Im Rahmen der Vorstellung des neuen **Elternratgebers** und der **SchülerInnenfibel** hatte die Elternkammer eine Reihe von Informationsständen über Ihre Arbeit aufgebaut. Mitglieder der Kammer standen interessierten Eltern Rede und Antwort und konnten so manche Frage von Elternvertretern beantworten.

Die Aktion wird von uns als großer Erfolg angesehen. Wir werden in Zukunft öfter versuchen, auf ähnliche Weise den Elternvertretern der Stadt die Arbeit der Elternkammer Hamburg näher zu bringen.

Aus den Ausschüssen

Grund-, Haupt- und Realschulausschuss

In der Sitzung vom 20.11.2000 hat Herr Dr. Heinrichs (Vorsitzender der Bildungsplankommission) zu den ihm von uns vorgelegten Fragen des Ausschusses zum Thema **Bildungsplan (BP) Sekundarstufe I. für Haupt- und Realschulen** Stellung genommen. Unsere Fragen hatten wir in der vorherigen Sitzung (30.10.2000) erarbeitet. Sie bezogen sich u.a. auf:

Das Einbeziehen von Eltern in den Diskussionsprozess, die Lesbarkeit des BP für Eltern, Evaluationskriterien zur Feststellung des Erreichten, Angaben zu Lernzielen für die einzelnen Jahrgangsstufen, ein verpflichtendes Berufspraktikum, dass „besondere Ereignisse im Schulleben“, wie z.B. Klassenfahrten, ein fester Bestand im Schuljahr sind. Herr Dr. Heinrichs hat uns zugesichert, dass er unsere Punkte in den Bildungsplan bzw. in das Umsetzungsverfahren mit aufnehmen wird. Erarbeitung unserer Stellungnahme.

Rückblick auf die geleistete Arbeit im Ausschuss für das Jahr 2000 und Ausblick auf das Jahr 2001.

*** Die Tipps des Monats ***

Bildungspläne

Demnächst werden den Schulen Exemplare der von der Deputation im Dezember beschlossenen Fassung der

Bildungsplanentwürfe zugehen.

Die Schulen haben bis Ende des Jahres Zeit, zu diesen Entwürfen Stellung zu nehmen.

Bitte setzen Sie sich in Ihrer Schule dafür ein, dass die Eltern frühzeitig in die Diskussion mit einbezogen werden.

Überlassen Sie die Meinungsbildung nicht allein den LehrerInnen!

Die Elternkammer fordert alle Schulkonferenzen auf, zu den Bildungsplänen Stellung zu nehmen.

Hier noch einmal die Adresse, unter der man die Bildungspläne auch im Internet findet:

http://lbs.hh.schule.de/bildungsplaene/rahmenpl_re.htm

Zeugniskonferenzen

Schon wieder ist es soweit:

Die Zeit der Zeugnisse bricht an.

Versäumen Sie nicht, sofern Sie KlassenelternvertreterIn sind, sich vor der Zeugniskonferenz ausführlich über den Stand der Klasse Ihres Kindes unterrichten zu lassen.

Sie haben ein Recht darauf. Nutzen Sie es !

Termine

Konstituierende Sitzung der neuen Elternkammer am 16. Januar 2001

Der Vorstand der Elternkammer berichtete im Plenum über ein im September geführtes Gespräch mit den schulpolitischen Sprechern der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien.

Das Gespräch verlief konstruktiv und wird im neuen Jahr eine Fortsetzung finden.

Am 9. November 2000 gab es ein Treffen des EK-Vorstandes mit Landesschulrat Daschner, Frau von Ilsemann und Herrn Dr. Schmitz. Unter anderem wurden folgende Themen angesprochen:

- Konsequenzen aus der Verschiebung der Novellierung des HmbSG
- Ergebnisse der 2. Erhebung über Unterrichtsausfälle und daraus folgenden Konsequenzen
- Beteiligung der Elternkammer an der Vorbereitung der Auswertung von PISA
- Konsequenzen aus der Einstellung von Lehrern auf „volle Stellen“
- Konkrete Maßnahmen aus den (Zwischen-) Ergebnissen der LAU
- Umsetzung von REBUS
- Bildungspläne, aktueller Stand

Kurz gemeldet

Die Elternkammer war von Landesschulrat Daschner gebeten worden, zu einem Vorschlag „**Einrichtung von Ombudsteams**“ Stellung zu nehmen.

Die Kammer ist der Meinung, dass keine neuen Gremien eingerichtet werden sollten, sondern dass die Gremien an den Schulen durch geeignete Fortbildungen für ihre Aufgaben gestärkt werden sollten.

Die Elternkammer bittet die BSJB erneut, zu prüfen, in welcher Form Verbesserungen des Schulgesetzes auf dem Verordnungswege erreicht werden können, da mit einer Novellierung des Schulgesetzes im Jahre 2001 nicht gerechnet werden kann.

ViSdP:

Meike Jensen (Schriftführerin im Vorstand der Elternkammer Hamburg)
Per Adresse: Elternkammer Hamburg, Hamburger Strasse 31, 22083 Hamburg

Bitte diese Kurz-Info kopieren und an interessierte Eltern weitergeben!!!